

Agenda Sozialabbau

Jeden Tag eine neue Nachricht:

Ein Vertreter der deutschen Bank behauptet, dass die Beschäftigten in Deutschland zu wenig arbeiten. Kurz darauf Zustimmung von Minister Clement. Dann die Industrievertreter im Chor „Feiertage und Urlaub sollte nicht mehr bezahlt werden!“ Ergänzend sollte die Wochenarbeitszeit erhöht und freiwillige Stunden für die Wirtschaft gearbeitet werden. Das alles natürlich ohne Bezahlung. Der Vizeexportweltmeister sei nämlich, so die Begründung, international nicht mehr konkurrenzfähig.

4,257 Millionen Arbeitslose, 373000 offene Stellen, die meisten ohne Tarif oder/und Zeitarbeitsplätze. Offizielle Beschlüsse: Abbau von ABM, verschärfte Zumutbarkeitsregelungen, Installation eines Sklavenmarktes durch die Hartz-Gesetze und Zuschüsse für Betriebe, die einen Arbeitslosen einstellen. Stammebelegschaften werden abgebaut und billigere LeiharbeiterInnen oder ArbeiterInnen mit befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Beschäftigte werden mit der Drohung der Verlagerung der Arbeitsplätze zu verlängerten Wochenarbeitszeiten, den Verzicht auf das Weihnachtsgeld... erpresst. Einziges Ergebnis: Null Zuwachs an Arbeitsplätzen. Dafür sind die Beschäftigten billiger.



Das Sozialversicherungssystem muss umgebaut werden, tönt es von allen Seiten. Einigkeit bei fast allen Parteien. Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen, der Rentenversicherung, der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung sollen abgebaut werden. Die Arbeitslosenhilfe soll auf das Niveau der Sozialhilfe abgesenkt werden. Die Versicherten sollen immer mehr selbst bezahlen oder sich privat versichern.

Immer mehr Betriebe steigen aus den Tarifverbänden aus und erpressen ihre Mitarbeiter zu längeren Arbeitszeiten und den Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld. Die Stammebelegschaften in den Firmen werden immer weiter abgebaut - Zeitarbeitsfirmen treten an ihre Stelle.

Die Zahl der Armen und Sozialhilfeempfänger stieg in den letzten Jahren immer weiter an - in der Bundesrepublik waren im Jahre 2002 ca. 2,8 Millionen Kinder gezwungen, von Sozialhilfe zu leben. Gleichzeitig steigt die Zahl der Millionäre in der Bundesrepublik immer weiter an, entlassene Manager erhalten Abfindungen in Millionenhöhe. Zum Beispiel erhielt der Manager der zugrundegegangenen Mannesmann AG 60 Millionen an Abfindung für seine „großartige“ Leistung. Viele Unternehmen zahlten, dank Eichel, in den letzten Jahren keine Steuern.

Was ist das für ein Land? Eben ein Land, in dem nicht das Wohl aller, sondern die Profite der Reichen im Zentrum der Politik stehen.

Wir über uns

Wir sind eine Gruppe von Leuten aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen wollen, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jedeN, der/die uns bei unseren Aktivitäten unterstützt.

Kontakt: genug ist genug, c/o Provinzbuchladen, Hämelingerstr. 22, 32052 Herford
Tel.: 0174-5619589, email: genugistgenug@webemil.de

Achtung fertig ... arbeitslos!

So schlimm sah es noch nie auf dem Ausbildungsplatzmarkt aus:

Ende Juni 2003 suchen bundesweit noch 276.849 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Dem gegenüber stehen 113.113 offene Stellen. Im Arbeitsamtsbezirk Herford suchen noch 1485 Jugendliche bei 705 offenen Ausbildungsstellen einen Ausbildungsplatz. In diesem Jahr nahm die Anzahl der angebotenen Stellen im Bezirk Herford um 19,2% ab. Gab es im Jahre 1999 im Arbeitsamtsbezirk Herford noch 4291 Ausbildungsplätze, waren es im Jahre 2002 nur noch 2960.

Freie Ausbildungsplätze gibt es in der Regel in Berufszweigen mit schlechten Arbeitszeiten, wenig Beschäftigungschancen, niedrigen und/oder wenig attraktiven Tätigkeiten, wie z.B. Bäcker, Restaurantfachleute, FleischereifachverkäuferInnen... Häufig werden von den Firmen Ausbildungsplätze wegen angeblicher Nichteignung der BewerberInnen nicht besetzt.

Obwohl die Ursache der Ausbildungsplatzkatastrophe eindeutig im massiven Ausbildungsplatzabbau zu suchen ist, werden Wirtschaft und Parteien nicht müde, den Ausbildungsplatzsuchenden die Schuld zuzuschreiben. So heißt es:

- Die Ausbildungsplatzsuchenden sind zu verwöhnt, wollen nicht jede Stelle annehmen.
- Die Auszubildenden sind zu teuer.
- Die Schulabgänger sind nicht ausbildungsreif.

Und die Wirtschaft? Sie versucht aus der selbstverursachten Ausbildungsplatzkrise Profit zu schlagen:

- Bei "zusätzlich" geschaffenen Ausbildungsplätzen sollen sich, so Arbeitgeberpräsident Hundt, zwei Auszubildende eine Ausbildungsvergütung teilen.
- Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Rogowski schlägt eine generelle Kürzung der Ausbildungsvergütungen von 20 Prozent vor.
- Es sollen betriebspezifische abgespeckte Ausbildungsberufe geschaffen werden. Das sollen 2jährige „Ausbildungen“ sein, bei denen Fähigkeiten erlernt werden, die fast ausschließlich bei einer anschließenden Arbeit im Ausbildungsbetrieb nützlich sind.
- Ebenso sollen Schutzbestimmungen für Auszubildende wie zum Beispiel das Nachtarbeitsverbot abgeschafft werden.

Und die Politik?

Beschlossen wurde bisher, dass Betriebe, die "zusätzliche" Ausbildungsplätze schaffen, einen zinsgünstigen Kredit in Höhe von 100000€ erhalten.

Eine Marketingkampagne für Ausbildung wurde gestartet, die vermutlich mehr Geld in die Kassen der Medien spült, als sie tatsächlich an Ausbildungsplätzen schafft. Schon in den Hartz-Gesetzen wurde eine aus der Arbeitslosenversicherung finanzierte sogenannte Ausbildungsvorbereitung beschlossen. Diese dauert bis zu ei-

nem halben Jahr und soll entweder mit einem Zertifikat oder einem Ausbildungsplatz im durchführenden/kassierenden Betrieb enden. Erhält der/die Jugendliche nur ein Zertifikat und keinen Ausbildungsplatz,

werden. - Es wäre sicherlich mal interessant, die Politiker und Wirtschaftsbosse zu verpflichten als Entbeiner in einer Fleischfabrik zu arbeiten. Wahrscheinlich würde das eine Auswanderungswelle, die uns

nicht besonders traurig stimmen würde, hervorrufen.

Bei Wirtschaft und Politik scheint das Mittelalter Trend zu sein. Ziel ist es, irgendwann die ganze Ausbildung aus Beiträgen der Arbeitslosenversicherung oder aus Steuermitteln finanzieren zu lassen. Auch die Forderung nach der Einführung von Lehrgeld scheint nicht mehr ausgeschlossen zu sein.



Trotzdem: Profiteure einer soliden Berufsausbildung sind letztendlich die Betriebe. Also sollen sie auch für die Ausbildungskosten aufkommen und genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Darum fordern wir:

- **Betriebe, die nicht ausbilden, müssen zahlen!**
- **Ausbildungsplätze für alle!**
- **Schluss mit der Gängelung und Beschimpfung arbeitsloser Jugendlicher!**
- **Freie Berufs- und Ausbildungsplatzwahl!**

Ansonsten fragt Unternehmen, Läden... warum sie nicht ausbilden - vielleicht sollte man auf Dienste von ausbildungsunwilligen Firmen einfach verzichten. Fragt beim Arbeitsamt nach, wo denn die Ausbildungsstellen bleiben und was mit den außerbetrieblichen Maßnahmen los ist... Mensch muss sich nicht alles gefallen lassen. Die einzige wirkliche Zukunftschance ist: Druck machen und die Interessen gemeinsam vertreten!

??????

wird ihm vom Betrieb im Grunde genommen die Ausbildungsunfähigkeit bescheinigt. Mündet diese verlängerte Probearbeitszeit (die dem Betrieb bezahlt wird) tatsächlich in einen Ausbildungsplatz, so heißt das noch lange nicht, dass der Betrieb einen zusätzlichen Ausbildungsplatz geschaffen hat.

Ansonsten soll, so die Ankündigung, jedem Ausbildungsplatzsuchendem ein Angebot unterbreitet werden: Ausbildungsplätze oder Maßnahmen, die angeblich die Chancen, irgendwann einen Ausbildungsplatz zu erhalten, erhöhen, häufig aber nichts anderes als Warteschleifenmaßnahmen zur Aufbesserung der Statistik sind. Schlägt ein Ausbildungsplatzsuchender ein solches Angebot, so schwachsinnig es auch sein mag, aus, soll er alle Unterstützung verlieren. Soviel zum Thema freie Berufs- und Ausbildungsplatzwahl.

Alles was die Wirtschaft und ihre Politiker für die Ausbildungsplatzsuchenden bereithalten, sind Erpressung, Drohungen und Beschimpfungen. Allein der Wunsch, nicht jeden erdenklichen Beruf ausüben zu wollen, wird als Unverschämtheit denunziert und soll mit Leistungsentzug geahndet

Schuldig an der Arbeitslosigkeit sind die Arbeitslosen

Das scheint zumindest die Auffassung der Bundesregierung zu sein. Davon künden auch die Pläne zur Arbeitslosenversicherung, die sich die Regierung in ihrer Agenda 2010 ausgedacht hat:

So soll die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes generell auf



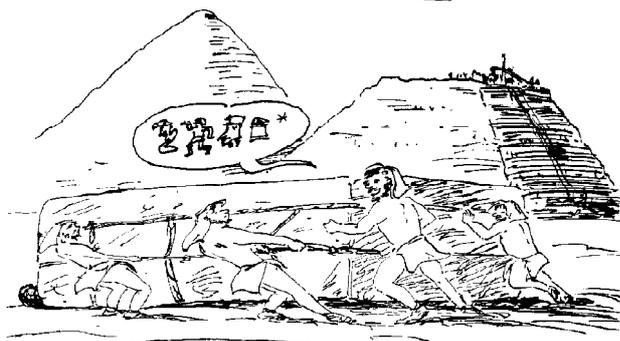
12 Monate begrenzt werden und für über 55jährige auf 18 Monate reduziert werden. Zuvor hatten Arbeitslose unter 45 einen maximalen Anspruch von 12 Monaten, mit 45 von maximal 18 Monaten, mit 47 von maximal 22 Monaten, mit 52 von 26 Monaten und ab 57 von maximal 32 Monaten.

Wie heißt es noch immer so schön: durch die Agenda 2010 sollen die "Anreize", sich um Arbeit zu bemühen, erhöht werden – mal sehen, wie die älteren Arbeitslosen, gestärkt durch diese Anreize, die Firmenchefs überzeugen, wieder ältere ArbeiterInnen und Angestellte einzustellen. 60 Prozent aller Betriebe beschäftigen heute keine über 50jährigen mehr – das sind die Realitäten. Es soll also auf dem Rücken der älteren Arbeitslosen gespart werden, damit die Firmen "Lohnnebenkosten" sparen.

Und damit sich der Spaß nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldanspruches auch sicher in Grenzen hält, hat die Bundesregierung sich das sogenannte Arbeitslosengeld II ausgedacht. Das soll die bisherige Arbeitslosenhilfe ersetzen. Dabei ist das Wort "ersetzen" sicherlich der falsche Ausdruck. Die Höhe des Arbeitslosengeldes II soll nämlich dem der Sozialhilfe entsprechen. Soll heißen, einE ArbeitsloseR wird, so er nicht über 55 ist, nach spätestens einem Jahr Arbeitslosengeldbezug zum Arbeitslosengeld II-Bezieher. Diese müssen erst ihr "Vermögen" einsetzen, bevor sie überhaupt Geld bekommen und stehen dann, ohne die Chance einer Ablehnung, jeglicher Sklavenarbeit zur Verfügung. Im Kern soll das Arbeitslosengeld II nämlich dazu führen, dass die BezieherInnen gezwungen werden, jeden Job anzunehmen. Sie ist daher ein Mittel, die Löhne für alle Beschäftigten nach unten zu drücken.

Die neuen Regelungen sollen zum 1.1.2004 in Kraft treten.

Standort Giseh



** Wir kriegen zwar keinen Lohn und keine Sozialleistungen, aber dafür ist uns der Arbeitsplatz sicher.*

Alles zumutbar?

Glaubt man den Politikern, so sind die Erwerbslosen selbst schuld an ihrem Schicksal. Statt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht die Bekämpfung der Arbeitslosen auf dem Programm. Aber nicht nur das. Der Verschärfung der Richtlinien für Erwerbslose folgt die Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen aller Beschäftigten.

Im Zentrum dieser Lohnsenkungspolitik stehen die Zumutbarkeitsbestimmungen für Erwerbslose. So gelten schon heute folgende Regelungen:

- Als zumutbar gelten Beschäftigungen auch dann, wenn sie nicht den Qualifikationen oder den bisherigen Tätigkeiten des/der Arbeitslosen entsprechen.
- In den ersten drei Monaten der Arbeitslosigkeit muss der/die Erwerbslose Tätigkeiten annehmen, bei denen der Bruttolohn bis zu 20% unter dem vorhergehenden Bruttolohn liegt.
- Vom vierten bis sechsten Monat müssen Bruttolohneinbußen bis zu 30% hingenommen werden.
- Ab dem 7. Monat muss jede Beschäftigung angenommen werden, deren Nettolohn, nach Abzug der Werbungskosten, der Höhe des Arbeitslosengeldes entspricht.
- Tägliche Fahrzeiten von bis zu 2 Stunden müssen bei einer täglichen Beschäftigung von bis zu sechs Stunden hingenommen werden. Bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs Stunden gelten Fahrzeiten von bis zu 2,5 Stunden als zumutbar.
- Ein Umzug gilt generell als zumutbar, wenn der/die Arbeitslose nicht damit rechnen kann, innerhalb der ersten drei Monate der Arbeitslosigkeit in Heimatnähe (s. zumutbare Pendelzeiten), eine Stelle zu finden. Ab dem vierten Monat gilt ein Umzug zur Arbeitsaufnahme „in aller Regel“ als zumutbar. Allenfalls können familiäre Gründe, als Ausnahme von der Regel, geltend gemacht werden.
- Ebenfalls als zumutbar gelten Beschäftigungen, die befristet sind oder eine vorübergehend getrennte Haushaltsführung erfordern.
- Ebenso dürfen Vermittlungen in Leiharbeitsfirmen nicht abgelehnt werden.

Wer nach obigen Kriterien als zumutbar eingestufte Vermittlungsangebote ablehnt, gilt als arbeitsunwillig und hat mit einer Sperrzeit von 12 Wochen zu rechnen. Während dieser Zeit erhält der/die Arbeitslose keine Leistungen, und die Zeit geht ihm/ihr vom Anspruch verloren.

Diese Zumutbarkeitsregelungen sind wahrlich eine Zumutung und bedeuten häufig für den einmal arbeitslos gewordenen Menschen der Sturz in die Armut. Hat der/die Erwerbslose einmal eine Beschäftigung zu deutlich geringerem Lohn annehmen müssen, wird er/sie bei erneuter Arbeitslosigkeit gezwungen eine noch einmal schlechter bezahlte Stelle anzunehmen...

Aber die Politiker sind der Meinung, dass diese Zumutbarkeitsregelungen noch nicht ausreichen. So planen sie nun ein neues Gesetz, nach dem Jugendlichen unter 25 Jahren, die ein zumutbares (s. oben) Arbeitsangebot ablehnen, jegliche staatliche Unterstützung (Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe...) für drei Monate gestrichen wird.

Ach ja, bevor wir es vergessen, derzeit stehen 4.257.425 in der Statistik erfassten Erwerbslosen 373.237 offene Stellen gegenüber.

Kommentar überflüssig.

“Denn eins ist sicher: die Rente”

- Serie -

Ja, das ist sie wohl, zumindest eine, nämlich die des Erfinders des Slogans, Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister für Arbeit und Sozialordnung vom 1982 bis 1998. Heute ist Norbert Blüm Pensionär und hat nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler Pensionsansprüche in Höhe von monatlich 10600 €.

I. Folge

Blüm - Retter aller RentnerInnen

Für die abhängig Beschäftigten waren die Leistungen aus der Rentenversicherung schon zu Norbert Blüms Zeiten nicht sicher: In seine Amtszeit fielen die Absenkung der jährlichen Rentenanpassungen durch neue Berechnungsgrundlagen, die Absenkung der Anrechnungszeiten für Ausbildungen, die Anhebung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre bei entsprechenden Rentenabschlägen bei “vorzeitigem Ruhestand”...

Ja, eins ist wirklich sicher, nämlich dass Norbert Blüm in seiner Amtszeit fleißig an der Absenkung der Rentenansprüche gearbeitet hat. Es gibt also keinen besonderen Grund, ihm nachzutruern.

Aber: Es blieb/bleibt jedoch der SPD/Grünen-Regierung vorbehalten, als beste aller Regierungen des Kapitals, die Grundsysteme der sozialen Sicherung in der BRD zu schleifen.

II. Folge

Riester - Retter aller RentnerInnen

Erinnert sich noch jemand? Ende der 90er Jahre schallte es allerorten: „Die klassische Rentenversicherung rentiert sich nicht!“ Bei der Rentenversicherung sei die Rendite zu gering, es sei wesentlich lohnender, in Aktien oder Fonds zu investieren. Außerdem sei die gesetzliche Rentenversicherung in der bisherigen Form nicht mehr zu finanzieren.

Beeindruckt vom seinerzeitigen Börsenboom ließ sich der/die NormalbürgerIn vom Nutzen privatfinanzierter Rentenvorsorge überzeugen.

Ergebnis dieser Stimmungsmache war schließlich die problemlose Einführung der sogenannten Riester-Rente. Kernpunkte/-versprechen der am 1.1.2002 in Kraft getretenen Rentenreform waren:

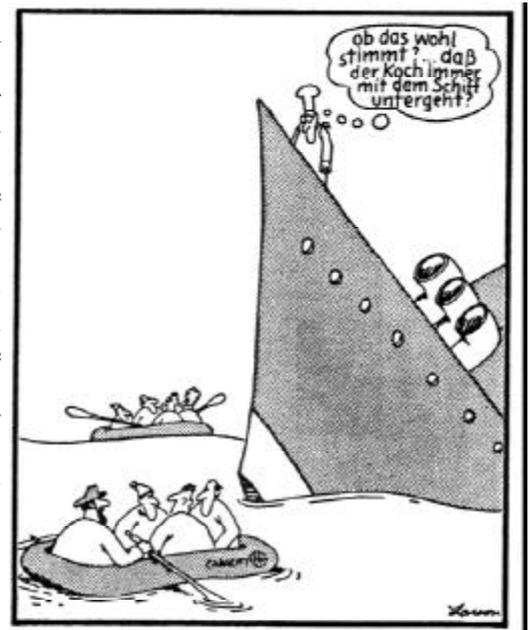
- Einführung einer freiwilligen privaten zusätzlichen Altersvorsorge (bis zur Höhe von vier Prozent des Bruttolohnes im Jahre 2008), allein finanziert durch die abhängig Beschäftigten, bezuschusst aus Steuermitteln.
- Absenkung des Rentenniveaus (wenn mensch 45 Beitragsjahre lang das Durchschnittseinkommen erzielt hat) von 70% auf 67% des Nettoeinkommens. Real wurde jedoch eine Absenkung auf 64% beschlossen, getarnt durch eine neue Berechnung des Nettorentenniveaus.
- Der Beitragssatz sollte durch die Reform bis 2020 unter 20% und bis 2030 unter 22% bleiben.
- Diese “Jahrhundertreform” sollte die Altersversorgung bis zum Jahre 2030 sichern.

Was wurde nun daraus? Schon zum 1.1.2003 wurde der Rentenbeitrag von 19,1% auf 19,5% erhöht.

Mitte 2002 hatten nach einer Untersuchung der Bertelsmannstiftung gerade ein neuntel der Rentenversicherungspflichtigen eine Riesterrentenversicherung abgeschlossen, und nur 25% bekundeten die Absicht es überhaupt jemals zu tun.

Die Entwicklung an den Börsen hat mittlerweile dafür gesorgt, dass viele aktien- bzw. fondgestützte Lebens- bzw. Altersversicherungen entgegen allen Versprechungen nur Renditen in der Nähe von Spargbuchzinsen abwerfen. Die Garantiezinsen von sogenannten Riester-Verträgen sollen nun auch noch abgesenkt werden.

Spaß an der Riester-Rente hatten bisher nur die Unternehmer, die den Ausstieg aus der sogenannten paritätischen Finanzierung der Altersvorsorge geschafft hatten und die Versicherungen in Form einer zusätzlichen erheblichen Einnahmequelle. Mensch kann getrost von einem Jahrhundertgeschäft für die Versicherungskonzerne sprechen.



III. Folge

Rürup - Retter aller RentnerInnen

Mitte 2002 wurde dann erklärt, dass trotz der zusätzlichen Belastung der ArbeiterInnen und der Absenkung des Rentenniveaus durch die Riesterrente die Altersversorgung der ArbeiterInnen nicht gewährleistet sei und dass die “hohen” Rentenbeiträge - Stichwort: zu hohe “Lohnnebenkosten” - eine der Ursachen für die hohe Erwerbslosenquote seien.

Um die sogenannten Lohnnebenkosten, die eigentlich nichts weiter als Teile des Lohnes sind, weiter abzusenken, wurde die Arbeits-

gruppe „Rentenversicherung“ der „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“ (Rürup-Kommission) gegründet.

Diese legte am 24. April 2003 ihre Vorschläge vor:

- Arbeiten bis zum Umfallen: Die Kommission schlägt vor, die **Regelaltersgrenze** ab dem Jahr 2011 stufenweise - pro Jahr um einen Monat - **von 65 auf 67 Jahre anzuheben**. Für den Geburtsjahrgang 1946 soll die Regelaltersgrenze danach 65 Jahre und einen Monat betragen. Für jeden weiteren Jahrgang wird eine Anhebung um einen Monat vorgeschlagen, so dass sie im Jahr 2035 bei 67 Jahren liegen würde. Die neue Regelaltersgrenze von 67 Jahren soll für die Geburtsjahrgänge 1969 und jünger gelten. Mensch kann natürlich früher in Rente gehen, kriegt dann aber deutlich weniger Rente. Es ist schon eine bestechende Idee, angeblich im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die Lohnkosten senken zu wollen und dafür die Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre anzuheben.

- **Die Renten sollen sich zukünftig nur entsprechend der versicherungspflichtigen Einkommen entwickeln:** Bei der jährlichen Anpassung der Renten wird derzeit die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte im Vorjahr zugrunde gelegt. In diese durchschnittliche Berechnung fließen auch Entgelte oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze ein, zum Beispiel von Beamten und anderen nicht versicherungspflichtigen Beschäftigten (ab einem Jahreseinkommen von 61.200€ im Westen und 51.000€ im Osten) - also von Personen, die ihrerseits keinen Beitrag zur Rentenversicherung leisten. Dies führt laut Rürup-Kommission zu einer ungewollt höheren Bemessungsgrundlage. Soll heißen: Nichtversicherungspflichtige haben im Schnitt höhere prozentuale Lohnerhöhungen als rentenversicherungspflichtig Beschäftigte. Werden die Besserverdienenden aus der Berechnung der jährlichen Rentenanpassung herausgenommen, fallen diese deutlich geringer aus. Übrigens fiel die diesjährige Rentenerhöhung mit gerade mal 1,2% nicht besonders üppig aus – für das nächste Jahr ist sogar ein Aussetzen der Rentenanpassung geplant.

- **Ein Nachhaltigkeitsfaktor soll eingeführt werden:** Um den Anstieg des Beitragsatzes zu mäßigen und das Rentenniveau stabil zu halten, wird vorgeschlagen, die Rentenanpassungsformel zu ändern. Die Arbeitsgruppe empfiehlt die Einführung eines „Nachhaltigkeitsfaktors“. Über diesen Faktor wird bei der Bestimmung der Anpassungssätze berücksichtigt, wie sich die Relation von Rentnern zu Beitragszahlern entwickelt. Damit werden die jährlichen Rentensteigerungen abgesenkt.

Durch all diese tollen Vorschläge sollen, remember Riester, die Rentenbeiträge bis zum Jahre 2030 unter 22 Prozent gehalten werden. Die Vorschläge der Rürup-Kommission werden gegenwärtig von der Bundesregierung diskutiert. Aber die Vorschläge Riesters sind noch lange nicht alles, was den ArbeiterInnen droht: Erhöhungen der Krankenversicherung auf private Renten, auch auf die Riester-Rente, werden angekündigt, einige CDU-Politiker schlagen sogar die Verlängerung des Rentenalters auf **70 Jahre** vor.

IV. Folge

In die Röhre gucken immer die gleichen.

Aller Propaganda über die angeblich so wohlhabenden RentnerInnen zum Trotz: Die Renten der Männer liegen gegenwärtig laut einer Untersuchung der Dresdner Bank bei durchschnittlich 939 Euro, die der Frauen bei 555 Euro. Dieses Rentenniveau soll nach den Plänen der Regierungs- und der „Oppositions“parteien weiter abgesenkt werden. Nach Umsetzung der Rürup-Vorschläge bekommen abhängig Beschäftigte, wenn sie dann nach 47 Rentenbeitragsjahren (bei Durchschnittseinkommen, das für das Jahr 2003 auf 29.230,00 EUR brutto festgelegt wurde) mit 67 Jahren in Rente gehen, höchstens 64% ihres Nettolohnes als Rente. Aber wer kommt heute schon noch auf 47/45 Beitragsjahre? Die Rentenpläne der Politiker bedeuten nichts anderes als Altersarmut für einen Großteil der abhängig Beschäftigten. Private Vorsorge ist immer nur eine Lösung für Leute, die es sich auch leisten können. Für den Normal-Beschäftigten nehmen die Real-löhne durch Lohndumping, Sozialabbau, Niedriglohnjobs und damit das Geld für die geforderte private Vorsorge ab.

Die Renten sind für die meisten heute schon niedrig genug. Es kann nicht sein, dass jemand, nachdem er sein Leben lang für die Gewinne der Unternehmer gearbeitet hat, in die Altersarmut entlassen wird. Es kann nicht sein, dass die einen Sekt trinken, die von ihren ArbeiterInnen erarbeiteten Gewinne an den Börsen verzooken und für die Spekulationsverluste die ArbeiterInnen und RentnerInnen bezahlen lassen.

Aber zu allen Kürzungen gehören zwei: diejenigen, die Kürzungen durchsetzen, und diejenigen, die sie sich gefallen lassen.

Wer sich heute nicht wehrt, muss wissen: die nächste Kürzung kommt bestimmt. Also wehren wir uns gegen alle Formen von Sozialabbau und kürzen wir lieber die Gewinne der Reichen.

Wie kriege ich einen Rentenpunkt?

Einen ganzen Rentenpunkt erhält ein abhängig Beschäftigter, wenn er auf ein bestimmtes Jahresbruttoeinkommen Rentenversicherungsbeiträge bezahlt. Für welches Jahresbruttoeinkommen es einen Rentenpunkt gibt, wird jährlich neu festgesetzt. Im Jahr 2003 sind das 29.230 EUR. Wird diese Summe über- oder unterschritten gibt's eben entsprechend weniger oder mehr Punkte. Ein Rentenpunkt bedeutet in diesem Jahr 26,13 Euro Rentenanspruch in den alten und 22,97 Euro in den neuen Bundesländern. Nun kann jedeR selbst ausrechnen, wie viel Rentenanspruch er/sie in diesem Jahr erworben hat. Falls das einigermaßen deprimierend ausfällt, eins ist sicher: Regierung und Unternehmen arbeiten mit Hochdruck daran, diese Rentenansprüche noch weiter zu verringern.



Die RentnerInnen haben es ja!

Das scheint zumindest die Meinung von Politik und Wirtschaft zu sein. So sind weitere Einsparungen bei den RentnerInnen in Planung:

- Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung bei RentnerInnen um ca. 20 Euro pro Monat;
- Erhöhung des Beitragsanteils zur Krankenversicherung von 50 auf 53% des Beitragsatzes.
- Die Rentenanpassung 2004 soll um ein halbes Jahr verschoben werden.

Lieber Reich und gesund ...

Arbeit muss billiger werden..., so lautet die Kampfparole der deutschen Wirtschaft und ihrer Parteien. Denn durch die Senkung der Löhne, zu denen auch die sogenannten Lohnnebenkosten gehören, gehe es mit der Wirtschaft bergauf und folglich werde die Zahl der Erwerbslosen sinken. So tönt es aus allen Talkshows. Aber wer die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre verfolgt hat, wird schnell merken wie blödsinnig diese Argumentation ist. Reallohneinbußen, Steuergeschenke und Subventionen, welche die Firmen in den letzten Jahren großflächig abzogen, haben nicht ansatzweise zu einem Mehr an Beschäftigung geführt. Im Gegenteil, die zusätzlichen Geschenke wurden zu Spekulationen, Rationalisierungen und immensen Zuwächsen bei den Gehältern von Managern genutzt. Die Reichen wurden nur noch reicher.

Aber was nützen schon Fakten, die Lohnkosten-Kampagne hat in den talkshowgedrillten Köpfen der Bevölkerung Fuß gefasst. Für die Wirtschaft heißt das Gebot der Stunde, die einmalig günstige Gelegenheit zu nutzen und das Sozialversicherungssystem gemeinsam mit den ArbeiterInnenrechten als "überflüssigen Ballast" zu entsorgen.

Große Koalition

Damit der Griff in die Taschen der abhängig Beschäftigten noch besser klappt, hat sich nun sogar eine große Koalition zur „Reform“ des Gesundheitswesens gegründet. SPD, CDU, FDP und die Grünen verhandelten bis Mitte Juli über einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform.

Kernpunkte des gemeinsamen Entwurfes sind:

- Der **Zahnersatz** gehört ab 2005 nicht mehr zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen. Hier muß mensch sich, so er sich das leisten kann, entweder bei der gesetzlichen oder den privaten Krankenkassen selbst versichern.
- Das **Krankengeld** soll ab dem Jahr 2007 aus der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung herausgenommen werden. Die Kosten für das Krankengeld sollen in Zukunft von den ArbeiterInnen und Angestellten allein getragen werden. Hierfür ist ein Sonderbeitrag von 0,5 Prozent geplant.
- Patienten sollen generell 10 Prozent der Kosten für **Medikamente, Krankenhausaufenthalte** und **Arztbesuche**, jeweils mindestens 5 Euro, maximal 10 Euro, tragen. Die Zuzahlung bei **ambulanter ärztlicher** und **zahnärztlicher Behandlung** beträgt 10 Euro je Quartal und Behandlungsfall. Erfolgt eine Behandlung beim **Facharzt** auf Überweisung, entfällt dort die Zuzahlung. Es sind allerdings die 10 Euro beim überweisenden Arzt fällig.
- Bei **Heil- und Hilfsmitteln, häuslichen Pflegeleistungen** und **Fahrten in Kranken- und Notfallwagen** werden jeweils 10 Euro fällig.
- Bei **Krankenhausaufhalten** fallen täglich 10 Euro Gebühr für maximal 28 Tage pro Jahr an.
- **Nicht verschreibungspflichtige Medikamente** müssen grundsätzlich selbst bezahlt werden. Ausgenommen bleiben Kinder bis zum 12. Lebensjahr sowie Jugendliche mit Entwicklungsstörungen und Schwerstkranke.
- Nicht mehr bezahlt werden die meisten **Taxifahrten** zur ambulanten Behandlung, das **Sterbegeld, Sterilisation** aus nicht-medizinischen Gründen und **Entbindungsgeld. Sehhilfen** erstattet die Kasse nur noch für Jugendliche bis 18 und schwer Sehbehinderte. Künstliche Befruchtung wird nur noch eingeschränkt bezahlt.
- Zur Finanzierung des Schwangerschafts- und Mutterschaftsgeldes soll die **Tabaksteuer** um einen Euro je Packung angehoben werden. Die Steuererhöhung soll, um die RaucherInnen nicht von ihrem Laster abzubringen, in drei Stufen erfolgen.
- Versicherte, die an Präventionsmaßnahmen teilnehmen, sollen in den Genuss von Bonusregelungen kommen.
- Für alle Versicherten gilt künftig für alle Zuzahlungen gleichermaßen eine Obergrenze von 2 Prozent des Bruttoeinkommens. Für chronisch Kranke beträgt sie 1 Prozent. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sind generell befreit.
- RentnerInnen sollen in Zukunft den vollen statt den halben Krankenkassenbeitrag auf zusätzliche Einkünfte zahlen. Dies trifft z.B. auch auf betriebliche Altersrenten zu.
- Auf die von der Pharmaindustrie aufs Heftigste bekämpfte Positivliste, die sicherstellen sollte, dass nur tatsächlich wirksame Medikamente von den Krankenkassen finanziert werden, wurde verzichtet.
- Bis 2006 soll der Krankenkassenbeitrag auf durchschnittlich 13 Prozent absinken.

Soweit das Ergebnis der gemeinsamen Kommission von SPD/GRÜNE/CDU/CSU/FDP.

Wie schon voraussehen: Die ArbeiterInnen und Angestellten werden durch die "Reform" deutlich mehr belastet werden – sie sollen immer mehr Krankheitskosten aus der eigenen Tasche zahlen, bzw. sich privat versichern. Gesundheit wird immer mehr zum Privileg derer, die es bezahlen können und derer, die gesund sind. Gleichzeitig wurden die Pfründe der Pharmaindustrie nicht einmal angekratzt. Vermutlich ist das aber erst der Anfang - geht das geplante Gesetz erst einmal problemlos durch, kommt die nächste "Reform" bestimmt (s. Riesters Jahrhundertreform).

Der gemeinsame Gesetzentwurf soll im September in den Bundestag eingebracht werden. Nur noch massive Proteste können die Zerstörung des Sozialversicherungssystems aufhalten. Wer amerikanische Verhältnisse verhindern will, sollte sich an den Protesten gegen die Agenda 2010 beteiligen.



„Gesundheitsmeilen- Programm“

Um dem Defizit von geschätzten 630 Millionen Euro zu begegnen, lassen sich Krankenkassen etwas einfallen. Zum Trost für die geplanten Kürzungen der Leistungen soll Mensch bei den Krankenkassen Bonuspunkte verdienen können.

Letztes Jahr hatte die Technikerkrankenkasse einen Vorstoß gemacht und einen Spezialtarif für den Verzicht auf Arztbesuche angeboten. Inzwischen gibt es den nicht mehr, dafür aber andere nette Ideen von Barmer (BEK), Schwäbisch Gmünder (GEK) und Deutscher Angestellten (DAK). Zum Beispiel könnte man Punkte sammeln durch die Belegung von Nichtraucherkursen, Check-ups für Jugendliche u. über 35-Jährige, für die Mitgliedschaft in Fitness-Clubs, Erlangung von Sportabzeichen, oder Besuch von Selbsthilfegruppen. Mit den Punkten könnte man sich dann z.B. ein Wellness-Wochenende erarbeiten. Bleibt die Frage, ob das als Entschädigung für die geplante finanzielle Mehrbelastung der Kassenpatienten überhaupt Sinn macht, denn das sind allemal Ideen für Arbeitslose und Leute, die sonst nichts zu tun haben, zumal sie dann auch noch den Fitness-Club oder Sportverein bezahlen müssten. Wahrscheinlich wäre es billiger sich das Wellness-Wochenende selbst zu finanzieren.

Die Kreativität der Pharmaindustrie kontra Sparmaßnahmen

Die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt machte nach einigen Fehlversuchen einen neuen Vorstoß, die Krankenkassen durch Eindämmung der Arzneimittelkosten zu entlasten, indem sie die sogenannte „oder-dasselbe-Regel“ schuf.

D.h. die Apotheken müssen den Patienten möglichst statt des verschriebenen Originals ein kostengünstigeres, aber genauso wirksames Nachahmerpräparat (Generikum) aushändigen. Ein logischer, einleuchtender Ansatz, der aber klug durch die Tricks der Pharmaindustrie unterlaufen wurde.

Beispiel 1: Es werden Generika „erschaffen“ (Dummy-Präparate), die bis zu dreimal so teuer sind wie das Original, um damit den Durchschnittspreis und damit das untere Preisdrittel anzuheben, denn erst im untersten Preisdrittel gilt ein Medikament als „preisgünstig“ und darf vom Apotheker nicht mehr durch ein gleichwertiges, aber billigeres ersetzt werden.

Beispiel 2: Es werden bei den Originalpräparaten zusätzliche Indikationen aufgenommen, diese können dann nicht mehr durch billigere Generika vom Apotheker ersetzt werden, da die Indikationen 100 % übereinstimmen müssen.

Beispiel 3: Änderung der Packungsgröße, einer der paradoxesten Tricks.

Wenn in dem Original 98 Tabletten pro Schachtel enthalten sind, darf der Apotheker kein Generikum mit 100 Tabletten pro Schachtel abgeben, auch wenn es 3 mal so billig ist!

Durch diese ziemlich durchschaubaren Strategien der Pharmaindustrie sind die Ausgaben der Krankenkassen für Medikamente weiterhin gestiegen.

Nun kommt der neueste Vorstoß: Ärzte, die mehr als ihre Kollegen verschrieben haben, werden regresspflichtig gemacht. Dabei wird vergessen, dass viele neuere (und deswegen teurere) Präparate deutlich weniger Nebenwirkungen zeigen und deshalb viel besser vertragen werden. Verschreibt der Arzt also in Zukunft aus Angst vor Regress Medikamente, die uns schaden, obwohl es bessere Alternativen gibt? Man muss sich bei dieser Entwicklung schon fragen, warum die Pharmaindustrie weiterhin ihre Schäfchen ins Trockene bringen darf, während die Ärzte gezwungen werden sollen, gegen die gesetzliche Grundlage, jedem Patienten das beste, neueste, und dann evtl. eben auch teuerste Medikament zu verschreiben, zu verstoßen.

Größtanzunehmender Gau: RentnerIn in stationärer Pflege

Nun wurde auch die Pflegeversicherung gerümpelt. Am 27. Juni legte die Rürup-Kommission ihren Bericht zur „Reform“ der Pflegeversicherung vor. Die Kernpunkte des Berichtes sind:

- RentnerInnen sollen ab 2010 3,2 Prozent ihrer Rente in die Pflegeversicherung einzahlen. Das bedeutet eine Erhöhung um ca. 20 Euro monatlich für eine Durchschnittsrente.
- Der Beitragssatz für Erwerbstätige „soll“ bei 1,7 Prozent bleiben. Davon sollen 1,2 Prozent in die Versicherung fließen und 0,5 Prozent auf individuellen Vorsorgekonten (was immer das sein mag) angespart werden. Aus diesem „Konto“ soll der/die Versicherte später die höheren Rentner-Pflegebeiträge zahlen.
- Die Kommission sieht eine Vereinheitlichung der Sätze für ambulante und stationäre Pflege vor. Je nach Pflegebedarf sollen 400, 1.000 oder 1.500 Euro pro Monat gezahlt werden - unabhängig davon, ob der Patient zu Hause von Angehörigen oder Pflegekräften oder aber im Heim gepflegt wird. Diese vereinheitlichten Sätze bedeuten eine Anhebung der Pflegesätze für zu Hause von Angehörigen Gepflegte. Dagegen sollen HeimbewohnerInnen in stationärer Pflege in den Pflegestufen 1 und 2 in Zukunft deutlich weniger Pflegegeld erhalten: Stufe 1: 400 statt 1023 Euro; Stufe 2: 1000 statt 1279 Euro. Insgesamt will die Kommission bei der stationären Pflege ca. 2 Milliarden Euro einsparen. Ab 2010 sollen die Pflegesätze regelmäßig der Preisentwicklung angepaßt werden.

Auch hier wieder die gleiche Leier. Versicherungsbeiträge, an denen die Arbeit“geber“ beteiligt sind, werden eingefroren, während die Beiträge an anderer Stelle, nämlich bei den RentnerInnen, erhöht werden. Die Hauptlast dieser „Reformvorschläge“ tragen allerdings die Menschen in stationärer Pflege der Stufen 1 und 2. Hier wird der Verlust aller Ersparnisse und der anschließende Gang zum Sozialamt vorprogrammiert. Dadurch wird der materielle und moralische Druck auf die Angehörigen, den Pflegebedürftigen selbst zu pflegen, erhöht. Die ursprüngliche Zielsetzung der Pflegeversicherung, pflegebedürftigen Menschen den Weg zum Sozialamt zu ersparen, wird mit der geplanten „Reform“ aufgegeben.



Eigentlich freute sich Olaf über die Einladung beim Grafen, nur das Datum machte ihn stuebig: 15. September, Beginn der Jagdrazon...

Die armen

Bei Nachrichten und Talkshows vor dem Fernseher sitzend, möchte mensch einfach mitweinen: die armen Unternehmer, verdienen nix, die ArbeiterInnen verwöhnt, überall verfolgt von gemeinen Finanzbeamten und Neidern - und trotz all dieser Widrigkeiten einfach WohltäterInnen, die ungebrochen für den Wohlstand der ganzen Gesellschaft kämpfen. Bei soviel Selbstlosigkeit ist mensch natürlich gern bereit, auf Lohnerhöhungen, Weihnachtsgeld, Sozialversicherungen und und und zu verzichten. Wer möchte schon, dass die Spezies Unternehmer/Reiche wegen Armut ausstirbt und ihr wohltätiges Tun nicht weiter fortsetzt. Aber dem Himmel sei Dank, nun ereilte uns eine gute Nachricht: Die Spezies Reiche ist doch nicht so nahe am Aussterben, wie sie uns bei all ihren



öffentlichen Auftritten glauben machen will:

„Massenhaft Millionäre“ titelte das Manager-Magazin in seiner online-Ausgabe vom 11. Juni 2003. Nach einem Bericht der US-Bank Merrill Lynch sowie der internationalen Unternehmensberatung Cap Gemini Ernst & Young ist trotz großen Gejammers die Zahl der Millionäre (Finanzvermögen in Dollar ohne Immobilien) im Jahr 2002 weiter angestiegen. Ende 2002 lag die Zahl der Dollar-Millionäre in der Bundesrepublik, trotz angeblicher Flaute und der Börsenkrise, bei 755.000 (Ende 2001: 730.000). Das ist ein Anstieg von immerhin 3,43%. Höher ist nur noch der Anstieg

bei den Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerzahlen, während, Gratulation, selbst die nominalen Lohnerhöhungen der ArbeiterInnen und Angestellten deutlich übertroffen wurden.

Damit liegen die deutschen Reichen voll im Trend. Weltweit stieg das Kapital der vermögenden Privatkunden um 3,6 Prozent auf 27,2 Billionen Dollar, die Zahl der Dollar-Millionäre nahm um 2,1% auf 7,3 Millionen Personen zu. Die Zahl der Superreichen mit einem Finanzvermögen von mehr als 30 Millionen Dollar stieg um 2% auf 58.000 Personen. Ein Drittel der Dollar-Millionäre entfällt dabei auf Europa. Die dortigen 2,6 Millionen Reichen (plus 3,9 Prozent) konnten ihr Finanzvermögen sogar überdurchschnittlich um 4,8 Prozent auf 8,8 Billionen Dollar erhöhen.

Also Schluss mit dem Mitleid, jammere, wer da wolle. Es gibt keinen vernünftigen Grund, von der schauspielerischen Leistung mal abgesehen, den Reichen unsere Löhne und Sozialversicherungen in den Hals zu werfen. Aller Verzicht sammelt sich eh nur in den Taschen der Reichen - und die sind verdammt groß.

Sie tun etwas für ihr Geld

Angemessene Managerbezüge und Abfindungen waren die Ziele, sowohl die der Cromme-Kommission, interessanterweise vom Aufsichtsratschef der Thyssen-Krupp AG, Gerhard Cromme, geleitet, als auch im Maßnahmenkatalog von Hans Eichel und Brigitte Zypries für einen besseren Anlegerschutz.

Was nun daraus geworden ist? Es lässt sich erahnen: Die Minister sind eingeknickt, man "vertraue auf die Selbstregulierungskräfte der Wirtschaft".

Die Vorstände der größten deutschen Unternehmen zeigen sich begrenzt kooperationsbereit, wollen sie doch nicht einmal die jetzigen Gehälter ihrer einzelnen Mitglieder offen legen.

Die addierten Veröffentlichungen für das gesamte Gremium ermöglichen einen Blick in die Finanzen der deutschen Top-Manager: Josef Ackermann, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, ist mit 6,95 Millionen Euro Jahresvergütung der Spitzenreiter. Die Bertelsmann AG gab für 10 Vorstandsmitglieder im Jahr 2002 26,8 Millionen Euro aus, Hasso Plattner, der Vorstandssprecher von SAP, verdiente 2002 1,75 Euro.

Gleichzeitig werden den Angestellten die Gehälter gekürzt, Arbeitsplätze abgebaut, und mag der Konzern auch Verluste machen, die Bezüge ihrer Chefs werden im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

Null und Nichts für Demente, psychisch Kranke und geistig Behinderte

Das Karlsruher Verfassungsgericht bestätigt die "Pflegestufe null". Die Pflegeversicherung muss, so das Urteil des Gerichts, auch bei der Notwendigkeit, einen Kranken rund um die Uhr zu beobachten, nicht zahlen. Bundesweit werden etwa 260.000 Menschen entweder ehrenamtlich ganztätig von Angehörigen betreut oder ihre stationäre Betreuung wird aus eigener Tasche bezahlt. Nun stelle man sich einmal ein Paar in den Achzigern vor, der Ehemann leidet unter altersbedingter Demenz und die Ehefrau sorgt den ganzen Tag dafür, dass er nicht zur Tür rausgeht, um seine seit 20 Jahren verstorbene Mutter zu besuchen, oder um zur Arbeit zu gehen. Sie führt nebenbei den Haushalt und hilft ihm bei der Körperpflege, sie ist den ganzen Tag im „Bereitschaftsdienst“. Wie lange mag die Frau das durchhalten ohne selbst krank zu werden? Und wenn sie denn durch Erschöpfung zusammenbricht, wird da nicht die Krankenkasse belastet? Naja, Hauptsache die Pflegekasse nicht. Wer kümmert sich dann um den Mann? Er wird in einem Pflegeheim untergebracht und die beiden verlieren im schlimmsten Fall ihr Haus, da ja das Pflegeheim bezahlt werden muss. Danach springt das Sozialamt ein. Trübe Aussichten für Menschen, die Betreuung nötig haben, denn denkbar ist auch, dass wieder zu alten Methoden gegriffen wird, am Bett fixieren oder einsperren oder mit Medikamenten „ruhigstellen“, wenn die Beaufsichtigung durch die Angehörigen nicht immer gewährleistet und vor allem geleistet werden kann.